



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/200 - 30.8.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

<u>Eine Darstellung für die OEEC</u>	S. 1
Zum Kongreß der britischen Gewerkschaften - Bericht aus London -	S. 3
Der politische Standort des "Stahlhelm"	S. 4
<u>Anhang: Ollenhauer Rede</u>	

## Ein gefährlicher Bericht

R.D. Die Bundesregierung hat am 27. August der OEEC in Paris einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik und ihre Entwicklungsmöglichkeiten bis 1953/54 übergeben, der offenbar noch unter dem Eindruck der sich auch im Frühjahr 1952 zunächst fortsetzenden ansteigenden Industrieproduktion zusammengestellt wurde. Diese Voraussetzungen trafen aber schon am Tage der Überreichung des Berichtes nicht mehr zu.

Zwar hat die Regierung in diesem Bericht schon auf die defizitäre Zahlungsbilanz der Bundesrepublik unter Berücksichtigung des Londoner Schuldenabkommens, insbesondere mit dem Dollarraum, hingewiesen. Sie schätzt dieses Defizit auf monatlich etwa 600 Mio M. Sie verweist außerdem auf die nicht durch Exporte abdeckbaren Warenbezüge Berlins, die ebenfalls vorwiegend dem Dollarraum entstammen, in Höhe von jährlich 250 Mio Dollar, und die die Bundesrepublik belasten. Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der OEEC, deren Bevölkerung 66,5 Prozent des Brutto-Sozialproduktes verbraucht, ständen der deutschen Bevölkerung nur knapp 59 Prozent der im Inland verfügbaren Güter und Dienste zur Verfügung. Eine weitere Senkung sei nicht mehr tragbar.

Tatsächlich ist aber schon im ersten Halbjahr 1952 die Verbrauchsquote der Bundesrepublik auf 56 Prozent des Brutto-Sozialproduktes abgesunken und auch die kontinuierliche Steigerung der industriellen Produktion wurde im Juni jäh unterbrochen, sie sank sogar bis zum Juli 1952 um nicht weniger als fünf Prozent. Diese Zahlen sind aber erst dann verständlich, wenn man weiß, daß die deutsche Bevölkerung selbst bei der Verbrauchsquote von 59 Prozent im Jahre 1951 tatsächlich noch nicht den Pro-Kopf-Verbrauch von 1936 wieder erreicht hatte. Führt das Bundesstatistische Amt das Absinken der Verbrauchsquote - = 2,25 Mrd M - im ersten Halbjahr 1952 allein auf die Steigerung der Staatsausgaben (Besatzungskosten) zurück, so droht bei weitersteigenden Staatsausgaben (Londoner und Haager Schuldenregelung = rd. 1 Mrd M) und absinkender Produktion schon heute der Weg zu einer staatsgefährlichen Krise.

Der Bericht der Bundesregierung spricht aber von weiteren Steigerungen der Staatsausgaben durch die bevorstehenden Verteidigungsanstrengungen, die nur durch eine wachsende Rate der Produktion ermöglicht werden könnten. Und hier werden die Vorstellungen der Bundesregierung zur deutschen Wirtschaftspolitik auch in anderem Zusammenhang interessant. Denn sie erwägt Leistungssteigerungen durch Korrektur des Steuersystems. Das kann nach ihrer Konzeption doch nur heißen: Weitere steuerliche Begünstigung der Wirtschaftsgewinne - und damit Steuerausfälle, die bei steigenden Staatsausgaben eine noch stärkere Steuerbelastung der übrigen Bevölkerung und damit Verbrauchsbeschränkung nach sich ziehen. Hier endlich denkt sie an eine "leichtere Geldpolitik", und zwar zu Gunsten des Verteidigungsbeitrages.

Solange die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren, zur Förderung der Vollbeschäftigung und zum Aufbrechen der Engpässe in der Wirtschaft, eine Politik des leichten Geldes empfahlen, wurden sie von der Bundesregierung als Inflationspolitiker hingestellt. Die Sozialdemokraten wollten damit aber volkswirtschaftlich nützliche Produktivkräfte schaffen, also reale Werte. Heute, wo die Bundesregierung an die Produktion volkswirtschaftlich nicht nutzbarer Rüstungsgüter denkt, empfiehlt sie die Politik des leichten Geldes und damit tatsächlich Inflation, weil diesem Geld hernach keine realisierbaren Wirtschaftsgüter gegenüberstehen.

Ein Gedanke aber läßt uns in diesem Bericht besonders aufhorchen: Die Verteidigung setze den zur Finanzierung des Wohnungsbaues verfügbaren öffentlichen Mitteln eine enge Grenze und beanspruche möglicherweise auch die Kapazität der Bauwirtschaft in anderer Richtung. Die Gefährlichkeit solcher Überlegungen braucht nicht mehr unterstrichen zu werden, sie bedeutet völlige Gefühllosigkeit gegenüber dem deutschen Wohnungselend ganz allgemein und dem Flüchtlingselend insbesondere. Nicht gefühlloser allerdings als die Ankündigung, sich nun endlich um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit (1953/54) und um die Förderung der Berufsausbildung und Nachwuchsschulung bemühen zu wollen. 560000 Jugendliche haben zur Zeit in Deutschland keine Lehrstelle und keinen Arbeitsplatz. Bisher ist fast nichts für sie getan, Wahrscheinlich bringt der Verteidigungsbeitrag der deutschen Jugend ein Unterkommen - als Rekruten. Und das war vielleicht auch der Hintergrund der bisherigen Passivität der Bundesregierung.

Schäffer versprach in der Bundestagsdebatte um den EVG-Vertrag: Keine neuen Steuern, gesenkte statt erhöhte Staatsausgaben für Besatzung und Verteidigung. Er wußte, daß er nicht die Wahrheit sprach. Dieser Bericht der Regierung an die OEEC bestätigt die Behauptung der SPD-Fraktion in dieser Debatte: Es werde erhebliche Steuerbelastungen und eine Senkung der Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung geben. Unverantwortlich aber ist, daß die Bundesregierung in diesem Bericht der OEEC eine Steigerung der Wachstumsrate des deutschen Sozialproduktes von jährlich vier Prozent "garantiert". Will sie draussen, genau wie vor der deutschen Bevölkerung, den letzten Kredit verspielen, indem sie Dinge verspricht, die sie nie einhalten kann? Es gibt allerdings auch noch einen anderen Grund für eine solche Politik: Das wäre die Belastung einer kommenden, anderen Regierung mit Aufgaben, die nicht erfüllbar sind.

TUC tagt in Margate

B.C. - London

Die alljährliche ordentliche Delegiertenkonferenz des "T.U.C." (Trades Union Congress - Allbritischer Zentralgewerkschaftsbund), auf der fast zehn Millionen Mitglieder vertreten sind, tritt am M o n - t a g , d e m 1. S e p t e m b e r im Seebad Margate zusammen. Die auf dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse sind nicht nur für die britische Wirtschaft maßgebend wichtig, sondern auch politisch insofern, als die kollektiven Stimmen der Gewerkschaften auf dem am 29. September in Morecambe beginnenden Parteitag der Labour Party von ausschlaggebender Bedeutung sein werden.

Das Hauptinteresse an der Konferenz von Margate bewegt sich in diesem Jahr um zwei Probleme, die für die britische Arbeiterbewegung und für das ganze Land entscheidend sein werden.

Am Dienstag, dem 2. September, steht die W i e d e r a u f r ü - s t u n g auf der Tagesordnung. Ein heftiger Zusammenstoß zwischen "Bevanisten" und "Orthodoxen" über die Frage, ob die Gewerkschaften von der Regierung eine weitere Kürzung des Waffenprogrammes zugunsten des Lebensstandards fordern sollen oder nicht, ist zu erwarten. Auf den Jahresversammlungen der einzelnen Gewerkschaften hat sich bereits ergeben, daß von den elf großen Massenverbänden vier sich für Bevans Richtung und vier dagegen entschieden haben, während drei nicht Stellung nahmen, so daß das Resultat vollkommen offen ist.

Donnerstag, der 4. September, bringt die Debatte zur L o h n - p o l i t i k , die angesichts der zur Zeit schwebenden Mehrforderungen von über sieben Millionen Arbeitnehmern und der Regierungsbestrebungen in Richtung auf einen völligen Lohnstopp größte Bedeutung gewinnt. Der Zentralrat des T.U.C. rät zur Mäßigung in Lohnforderungen, mit der Begründung, daß übertriebene Ansprüche den Export schädigen würden, von dem das Wohl und Wehe Großbritanniens abhängt. Demgegenüber bestehen große und einflußreiche Verbände, wie etwa die Bergleute und die Vereinigten Schiffs- und Maschinenbauer darauf, daß substantielle Lohnerhöhungen infolge der künstlichen Teuerungspolitik der konservativen Regierung lebensnotwendig sind, und daß diese Mehrkosten

der Produktion aus den gewaltig angeschwollenen Profiten der Unternehmergeellschaften getragen werden können, ohne daß durch Preiserhöhungen die Ausfuhr ungünstig beeinflusst zu werden braucht.

Einige aufs Geratewohl aus den in letzter Zeit veröffentlichten Gesellschaftsberichten herausgegriffene Zahlen scheinen diesen Standpunkt zu bekräftigen:

Gesellschaft	Gewinn		Ausschüttung	
	1951/52	1950/51	1952	1951
Scottish Cables Ltd.	£ 311.278	£ 274.561	32%	30%
Hope & Anchor Ltd. (Brauereien)	£ 177.363	(25% weniger)	17 1/2%	15%
Albert E. Reed & Co. Ltd. (Zeitungs- papierfabriken)	£ 6.307.000	£ 3.691.000	20%	13%

In der britischen Arbeiterschaft ist die Ansicht weitverbreitet, daß angesichts solcher (durchaus typischer) Zahlen eine weitere Beschneidung ihres Lebensstandards "im Landesinteresse" nicht ohne Kampf hingenommen werden kann, es sei denn, daß auch die Unternehmer durch Senkung der Profite und damit der Preise einen entsprechenden Teil der Lasten auf sich nehmen - oder aber von der Regierung aufgebürdet bekommen. Da man jedoch von der gegenwärtigen konservativen Regierung ernsthafte Schritte in dieser Richtung kaum erwarten darf, muß trotz aller "Mäßigung" für den kommenden Winter mit heftigen und weitverbreiteten Lohnkämpfen in ganz Großbritannien gerechnet werden.

+ + +

#### Stahlhelm unterm Regierungs-Hut

Es gibt Leute, für die der Stahlhelm die schönste Kopfbedeckung ist, die eines deutschen Mannes Haupt zu zieren vermag und die deshalb in den uns zwangsläufig gegebenen stahlhelmlosen Intervallen eine verkleinerte Ausgabe dieser Kopfbedeckung am Rockaufschlag tragen, um auf solche Weise ihre Vorliebe kundzutun.

Man sage nicht, der "Stahlhelm"- "Bund der Frontsoldaten" trage sein Symbol nur der Rückschau auf eine einstige Frontkameradschaft

und der - stolzen - Erinnerung wegen. Er hat gerade eben durch einen seiner führenden Köpfe, durch Herrn Thomas Girgensohn, als Verlautbarung des Bundesamtes erklären lassen, daß es eine seiner wichtigsten Aufgaben sei, die "Verteidigungsbereitschaft im deutschen Volk zu stärken" und daß er mithelfen wolle, die "Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Selbstwehr zu überzeugen".

Aber nicht nur das hat er gesagt; er hat mit der üblichen Betonung seines durchaus unpolitischen Charakters erklärt, er sei an den großen Fragen der Politik durchaus interessiert, lehne die Haltung der SPD ab und werde bei den kommenden Bundestagswahlen die Regierungsparteien unterstützen.

Auch das kommt nicht überraschend, und es steht in schönster Harmonie zu den bundes-"amtlichen" Bestrebungen der Errichtung einer gegen die SPD gewendeten Einheitsfront, wie sie uns bei Länderwahlen, Bundestagsnachwahlen und ähnlichen Ereignissen mit der Wahlblockbildung aller bürgerlichen Parteien schon mehrfach vorerzählt wurde. Wir erinnern uns, daß in der Weimarer Zeit die unter ähnlichen Parolen aufgebaute Harzburger Front unter Führung des unvergessenen Herrn Seldte die wärmste und aktivste Unterstützung des "Stahlhelm" hatte.

Wenn den Männern vom "Stahlhelm" der Stahlhelm auch heute noch als die schönste und männlichste Kopfbedeckung erscheint, dann sind sie mit dieser Erklärung des Herrn Girgensohn auf dem richtigen Wege. Mit den Parteien der Regierung unter einem Hut sich zu vereinen, heißt, daß dieser Hut eines Tages ein Stahlhelm ist. Ob aber der Wähler zu gegebener Zeit diesem Hut die Reverenz erweisen wird?

R.G.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau